

KOPIE

MAGIELF
Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 11 - Amt für Jugend und Familie
A-1030 Wien, Rüdengasse 11
DVR: 0000191 Tel.: 40 00...
Telefax: 40 00-99-Nebenstelle

MA 11 - 10/73/2000

Wien, 5.8.2000

Entwurf eines Bundesgesetzes,
über das gerichtliche Verfahren
in Rechtsangelegenheiten außer
Streitsachen (Außerstreitgesetz-AußStrG);
Begutachtung;
Stellungnahme

Vorher zur Einsicht:
Frau Vizebürgermeisterin
Grete Laska mit Beilage

zu MDZ - GU 51/2000 Be

34/SN - 78/ME

Magistratsdirektion -
Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten

Seitens der Magistratsabteilung 11 - Amt für Jugend und Familie wird zu dem im Betreff
angeführten Gesetzesentwurf folgende Stellungnahme abgegeben:

Artikel Izu § 79 AußStrG-Entwurf

Die Wortfolge "..... nur, wenn seine Vaterschaft festgestellt ist." ist im Hinblick auf § 163 b
ABGB entbehrlich.

zu § 92 AußStrG-Entwurf

Es ist in Frage zu stellen, dass ein im Abstammungsverfahren unterliegendes Kind zur
Tragung der Prozesskosten herangezogen werden könnte. Es sollte daher analog zu § 110
Abs.2 AußStrG-Entwurf geregelt werden, dass im Verfahren wegen der Abstammung eines
minderjährigen Kindes ein Kostenersatz (§§ 82 - 84 Entwurf) nicht stattfindet.

zu § 94 AußStrG-Entwurf

Da in der vorgeschlagenen Weise eine Bevollmächtigung nach wie vor nur beim Notar oder bei Gericht möglich ist, wird eine analoge Anwendung des § 93 Abs. 1 zweiter Satz Entwurf anempfohlen.

zu § 98 Abs. 1 AußStrG-Entwurf

Es ist nicht nachvollziehbar, warum im Abs. 1 der Jugendwohlfahrtsträger lediglich "tunlichst" zu hören ist. Schließlich sollte der Jugendwohlfahrtsträger in allen Fällen gehört werden, ausgenommen in jenen, die mit einem damit verbundenen Aufschub das Wohl des Minderjährigen gefährdet erscheinen lassen.

Artikel II**zu § 159 Abs. 1 ABGB-Entwurf**

Die Wortfolge "Antrag auf Feststellung der Unehelichkeit" wird nicht dem Sonderfall des § 138 Abs. 2 ABGB gerecht, da bei Vorliegen eines solchen Sachverhaltes der Antrag nicht auf Feststellung der Unehelichkeit abzielt, sondern auf die Beseitigung der Ehelichkeit des Kindes in Bezug auf den zweiten Ehemann.

Artikel XXI

Infolge Aufhebung des § 382 a EO und Übernahme der inhaltsgleichen Bestimmung im AußStrG-Entwurf wäre im § 4 Z 5 UVG der Ausdruck "§ 382 a EO" durch den Ausdruck "§ 79 AußStrG" zu ersetzen.

Artikel XXII**zu § 19 Abs. 2 Z 1 Rechtspflegergesetz-Entwurf**


Der Ausdruck "Namensgebung" ist nicht mehr Bestandteil des Österreichischen Rechts (BGBl.Nr. 25/1995).

Abschließend ist zum Gesetzestitel "Außerstreitgesetz" Folgendes festzustellen:

Den Erläuternden Bemerkungen ist zu entnehmen, dass vorliegender Gesetzesentwurf zur bewährten Bezeichnung "Außerstreitgesetz" zurückkehrt. Dafür werden zwei Gründe

angeführt: einerseits soll damit die inhaltliche Kontinuität betont werden, andererseits hat der alte Kurztitel "Außerstreitgesetz" seinen unverkennbaren Platz. Dazu ist festzustellen, dass entsprechend den Legistischen Richtlinien 1990 (herausgegeben vom Bundeskanzleramt/Handbuch der Rechtssetzungstechnik) eine Jahreszahl dem Kurztitel oder der Abkürzung dann anzufügen ist, wenn dies zur Unterscheidung von früheren Fassungen nötig ist (z.B. EStG 1967, EStG 1972).

Bearbeiter:
SR Dr. Scherzer
Kl. 90612



Die Abteilungsleiterin



Mag. Balic-Benzing
Obersenatsrätin